



Global denken. Lokal handeln.

Räumliche Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenführen.

Zusammenfassung

Im Auftrag der

SPD Fraktion im
Bayerischen
Landtag

Erstellt durch:



KlimaKom gemeinnützige eG
Gemeinnützige Genossenschaft für nachhaltige
Entwicklung (Dr. Sabine Hafner, Sebastian Norck,
Janis Schiffner, Dirk Emtmann, Hannes Emtmann)
Bayreuther Str. 26a, 95508 Hummeltal

info@klimakom.de
<http://www.klimakom.de/>



Prof. Dr. Manfred Miosga
Professur für Stadt- und Regionalentwicklung
Fakultät Biologie, Chemie, Geowissenschaften
Universitätsstraße 30
95440 Bayreuth

manfred.miosga@uni-bayreuth.de
<https://www.stadtregion.uni-bayreuth.de/>

Bayern vor großen Herausforderungen

Multiple Krisen stellen den Freistaat Bayern vor massive und drängende Herausforderungen, die für den sozialen und räumlichen Zusammenhalt in Bayern erhebliche Risiken bedeuten können und die eine Neuausrichtung der Landespolitik erforderlich machen: Der demographische Wandel, der Fachkräftemangel, schlechte Verkehrsanbindungen und das fortgesetzte Wegbrechen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Michaeli et al. 2022) stellen insbesondere für einige ländliche Räume eine enorme Herausforderung dar. Die über lange Zeit politisch blockierte und verschleppte Energiewende hat sich, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, seit dem letzten Jahr in eine veritable Energiekrise mit schwerwiegenden Folgen für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und für die Produktionskapazitäten in der Wirtschaft gewandelt. Die Klimakrise sowie unser verschwenderischer Umgang mit Ressourcen und die damit verbundenen Folgen für die Umwelt erfordern gänzlich neue Denk- und Handlungsmuster, da ansonsten die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen bedroht sind.

Im Auftrag der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wird anhand ausgewählter Analysen der Stand der Bemühungen um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern aufgezeigt und in Form eines indikatorengestützten Lageberichts umrissen, wie sie sich bald 10 Jahre nach der erfolgreichen Volksabstimmung über die „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ in allen Teilräumen Bayerns darstellen. Unterschiedliche Herausforderungen in den sich unterschiedlich entwickelnden Teilräumen Bayerns treffen dabei in zunehmendem Maße auf dringende Notwendigkeiten der solidarisch-ökologischen Transformation. Während einige dieser Herausforderungen beinahe alle Regionen gleichermaßen treffen, drohen manche Transformationsprozesse besonders die Regionen schwer und zusätzlich herauszufordern, die bereits heute unter dem Gesichtspunkt räumlicher Gerechtigkeit benachteiligt sind. Inwieweit die sozial-ökologische Transformation vor diesem Hintergrund auch ein „Motor für räumliche Gerechtigkeit“ sein kann, wird im Rahmen dieser Studie untersucht.

Räumliche Ungleichheit in Bayern – ein Statusbericht

Die Bevölkerungsentwicklung in Bayern hat sich zwar insgesamt positiv, aber zwischen den verschiedenen Regionen im Freistaat, insbesondere zwischen ländlichen Räumen in den Randlagen Bayerns und den Großstädten Südbayerns, beinahe ungebrochen auseinanderentwickelt. Dies resultiert nicht mehr nur aus den Folgen eines lange absehbaren demographischen Wandels, sondern deutet in zahlreichen Bereichen auf strukturelle Ungleichheiten sowohl in der Verteilungs- als auch der Chancengerechtigkeit hin.

Sowohl die Divergenz bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Haushaltseinkommen als auch die unterschiedliche Erreichbarkeit von Daseinsvorsorge- und Bildungseinrichtungen stellen mittlerweile tiefgehende Probleme vor allem für viele ländliche Räume dar. Die zunehmende Konzentration von Bildungsangeboten, Arbeitsplätzen und Angeboten der Daseinsvorsorge führt dazu, dass sich in Bayern sowohl das Pendelaufkommen über die Gemeindegrenzen hinweg als auch die zurückgelegten Pendeldistanzen erhöht haben. Die unterschiedliche Ausstattung mit grundlegenden Angeboten der Daseinsvorsorge führt deshalb besonders in den ländlichen Räumen Bayerns zu steigenden Mobilitätsbedürfnissen und damit verbunden auch gestiegenen Kosten für Mobilität, was angesichts der zuletzt massiv gestiegenen Kraftstoff- und Energiepreise sowie wegen der vergleichsweise teuren öffentlichen Verkehrsmittel

Personen mit niedrigem Einkommen besonders betrifft. Eine flexible Mobilität jenseits der Nutzung des motorisierten Individualverkehrs ist in vielen Landesteilen kaum möglich. Dies betrifft nicht nur ländliche Räume mit einem schlecht ausgebauten ÖPNV, sondern zeigt sich zunehmend auch in den Zentren, wo aufgrund eines umfassenden Investitionsstaus der öffentliche Verkehr immer mehr an seine Kapazitätsgrenzen kommt.

Zahlreiche Herausforderungen der Transformation werden sich in aktuell bereits benachteiligten Regionen bündeln: vom dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien über besonderen Veränderungsdruck bei den Mobilitätsformen bis hin zu veränderten Anforderungen an Landnutzung. Soll die notwendige sozial-ökologische Transformation erfolgreich umgesetzt und von den Bürger:innen akzeptiert werden, müssen zentrale Aspekte räumlicher Gerechtigkeit bei der Ausarbeitung von Maßnahmen von Beginn an mitberücksichtigt werden. Es können sich insbesondere für ländliche Räume neue Wertschöpfungsmöglichkeiten erschließen, Erwerbschancen eröffnen und die Lebensqualität in der Region und die Zufriedenheit der Bürger:innen nachhaltig verbessern. Dafür werden jedoch wirkliche „Wenden“ benötigt, in der Energieerzeugung, bei der Mobilität und dem Wohnen, in der industriellen Produktion sowie in der Landnutzung, die einerseits dazu dienen, planetare Belastungsgrenzen einzuhalten und andererseits zur Demokratisierung des Wohlstands beitragen.

Klimaschutz als Motor für räumliche Gerechtigkeit

Der heute spürbare und weiter steigende Transformationsdruck in vielen Handlungsfeldern muss zu Politiken führen, die bestehende soziale und räumliche Ungleichheiten abmildern, um einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen. Handlungsprämisse sollte es sein, die mit der Transformation einhergehenden Herausforderungen in einer Weise zu adressieren, dass positive Entwicklungsimpulse (z.B. durch Wertschöpfung, die aus einer dezentralen Energiewende resultiert) insbesondere für die Regionen genutzt werden können, die bislang aufgrund ihrer Strukturschwäche eher unter den Lasten der gegenwärtig ungleichen räumlichen Entwicklung zu leiden haben. Eine räumlich gerechte sozial-ökologische Transformation ist voraussetzungsvoll und erfordert spezifische Strategien und Maßnahmen:

1. Stabile Grundbedingungen:

Starke Erzählungen von einer nachhaltigen Zukunft:

- Anschauliche und wirksame Leitbilder für eine sozial gerechte, räumlich ausgewogene Entwicklung, die ökologische Belastungsgrenzen nicht überschreitet
- direkte und ehrliche Kommunikation vonseiten der Politik erfordert geeignete Dialogformate, in denen gemeinsam an wünschenswerten Zukunftsbildern gearbeitet wird
- klare Rahmensetzung entlang eines CO₂-Budgets, sektorspezifischer Ziele und regionaler Transformationsstrategien

Starke Kommunen:

- Kommunen als Orte der sozial-ökologischen Transformation stärken, sie zu befähigen und zu unterstützen, damit diese ihre Spielräume wirksam ausnutzen können
- Klimaschutz von freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben zur Pflichtaufgabe machen und die erforderlichen finanziellen Ressourcen bzw. angepasster Prioritätensetzung der Aufgabenbereiche kommunaler Verwaltungen bereitstellen

Starke Stadt-Land-Kooperationen:

- **koordiniertes, kommunale Grenzen überschreitendes Vorgehen** im Stadt-Umland-Verbund bei der Energieerzeugung, der Nahrungsmittelproduktion und regionaler Wertschöpfungsketten, wobei Chancen und Lasten im interkommunalen Dialog austariert werden müssen

Starke Bündnisse:

- Akteursbündnisse zu schmieden, die sich einer klaren Zielsetzung verschreiben (Natur- und Umweltschutzorganisationen, Kirchen, Land- und Forstwirtschaft)
- Das Regionalmanagement gilt es in diesem Zuge zu einem regionalen Transformationsmanagement weiterzuentwickeln, allerdings mit einer Stärkung der Rolle nicht-wirtschaftlicher Vernetzungspartner (z.B. Wissenschaft, Initiativen der Zivilgesellschaft)

2. Wirksames staatliches Handeln in starken Institutionen

Starke Regionalplanung:

- Institutionen der Regionalplanung müssen nach Jahren der Deregulierung wieder gestärkt und für zusätzliche Aufgaben entsprechend personell ausgerüstet werden
- Nachteile ländlicher Räume müssen mithilfe einer aktiven und starken planerischen Rahmensetzung (z.B. Leitbild der Region der kurzen Wege) ausgeglichen werden

Starke Beteiligungskultur

- regional spezifische und zugleich räumlich integrierende Transformationsstrategien durch Zukunftsdialoge auf Ebene der Planungsregionen
- durch planerischen Einbezug der Bürgerinnen und Bürger sowie durch die finanzielle Beteiligung kann neue Aufbruchstimmung für ländliche Räume generiert werden
- interdisziplinärer Strategiedialog auf Ebene der Regierungsbezirke für die Landwirtschaft als zentralen Wirtschaftssektor insbesondere der ländlichen Räume

Starke Forschungseinrichtungen:

- jährlicher Transformationsbericht mit indikatorenbasiertem Monitoring
- Forschungsgruppe „Räumlich gerechte Transformation in Bayern“ mit dem Auftrag, das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit weiter auszuarbeiten.

3. Innovative Wirtschaftsakteure

Starkes Handwerk:

- Fachkräfteoffensive erforderlich, z.B. ein verpflichtendes schulbegleitendes Praktikum, die Erhöhung des Meisterbonus und Verbesserungen von Ausbildungsprogrammen
- Förderung regionale Fachkräfteallianzen für den Aufbau neuer Transformationsbranchen als Orte der Technologieentwicklung in ländlichen Räumen
- Aufbau eines bayerischen Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften mit Vertretungen in regionalen Transformationsclustern sowie Unterstützung in Form von Existenzgründungsberatungen und -begleitungen für Pionier:innen des Wandels

Starke Unternehmen in der Industrie und im Dienstleistungssektor:

- grundlegender wirtschaftlicher Strukturwandel in Richtung dekarbonisierter und auf Kreislaufwirtschaft ausgerichteter Produktionsverfahren
- gezielte Unterstützung von Transformationsbranchen im Sinne einer missionsorientierten Innovationspolitik für nachhaltige Geschäftsmodelle

Starke Landwirtschaft für die Region

- Ökologisierung und Re-Regionalisierung der Lebensmittelproduktion benötigen regional differenzierte Umsetzungsstrategien im Dialog der unterschiedlichen Akteure
- Förderung innovativer und sozial gerechter Geschäftsmodelle

4. Richtige Schwerpunktsetzungen in den wichtigsten Bereichen:

Starke Mobilitätsangebote im Umweltverbund

- nutzungsgemischte Stadtquartiere und Orte mit guter Nahversorgungssituation
- Mobilitätsgarantie (mit verbindlichen Mindeststandards, z.B. für Erschließung und Bedienung) für alle Teilräume Bayerns bis zum Jahr 2028
- aktive Förderung von E-Ladeinfrastrukturen nur in Regionen ohne sinnvolle Alternative

Starke Gemeinschaften in den Dörfern und Stadtquartieren

- Wärmeplanung muss wieder zurück in kommunale Hände, um den notwendigen Umbau zielgerichtet und effizient umsetzen zu können
- Orientierung an einer solidarischen Quartiersgestaltung mit einer auf Gemeinschaft ausgerichteten Quartiers- und Ortsteilplanung
- Umstellung aktueller Förderungen auf konsequente Innenentwicklung, Reduzierung des Einfamilienhaus-Neubaus durch das aktive Ausnutzen kommunaler Spielräume
- Steigerung des sozialen Wohnungsbaus und aktiven Umbau des Wohnungsbestands durch Kommunalisierung des Wohnungsbaus und zielgerichteter Bauleitplanung

Gleichwertige Lebensverhältnisse in der sozial-ökologischen Transformation

Die Berücksichtigung räumlicher Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung von Maßnahmen im Zuge einer notwendigen sozial-ökologischen Transformation darf dabei nicht an den Rand gedrängt werden: Sie muss im Gegenteil der **Kern einer erfolgreichen Transformationspolitik** in Bayern sein. Was die bayerischen Regionen nun brauchen, sind ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der Transformation einerseits und einer räumlich ausgewogenen Gestaltung des Veränderungsprozesses andererseits, eine konsistente und übergreifende Strategie mit festen Zielen sowie die institutionelle Anpassung und Absicherung der Transformationsprozesse. Für das kommende Jahrzehnt braucht es eine Landespolitik, die mutig neue Wege geht, klare Zielvorstellungen formuliert und die Erreichung der vorgegebenen Ziele auch forciert. Für **starke Kommunen**, resiliente **Regionalökonomien** und innovative **Transformationscluster** braucht es die entsprechenden finanziellen und personellen Grundlagen. Werden die Regionen durch klare Rahmenbedingungen ermächtigt, eine sozial-ökologische Wende einzuleiten, können aktuell bestehende Zielkonflikte zugunsten gleichberechtigter Teilhabe auf Basis regionalen Zusammenhalts überwunden werden.